

## ESSAY

# Gute Zeiten für Verhandlungen

Nach dem Libanon-Krieg wächst in Israel die Bereitschaft zur pragmatischen Verständigung mit den Palästinensern

Von Margarita Mathiopoulos

Vor zehn Tagen war ich in Israel. Es war ergreifend, als Deutsche breiten Zuspruch in der Bevölkerung, in der Politik und in militärischen Kreisen zu erleben für die Beteiligung der Bundesmarine an der UN-Friedensmission vor der libanesischen Küste. Für die deutsch-israelischen wie die deutsch-arabischen Beziehungen bedeutet dies eine historische Zäsur. Wie die Westpolitik Konrad Adenauers und die Ostpolitik Willy Brandts die Raison d'être der Bundesrepublik bestimmten und bestimmen, so kann die neue geostrategische

„Israel sollte getrost den Iran und die Hisbollah ignorieren“

Wendung in den deutsch-israelischen Beziehungen, die Ehud Olmert einleitete, der Nahost-Politik von Angela Merkel und Frank Walter Steinmeier zu eigener Signatur verhelten.

Unüberhörbar war gleichzeitig eine äußerst kritische Haltung in der israelischen Bevölkerung, wonach die Invasion des Libanon zu lange gedauert hat. Stellvertretend für viele Militärs betonte mir gegenüber der ehemalige Luftwaffengeneral Nehemia Dagan, dass Israel seine militärischen Ziele gegen die Hisbollah in einer Woche hätte erreichen können und müssen, um nicht die Sympathien der Weltöffentlichkeit zu verspielen. Ohne die bescheidenen Erfolge der israelischen Luftwaffe und Bodentruppen gegenüber der Hisbollah schmälern zu wollen, haben zahlreiche aktive und ehemalige Offiziere den Premier, den Verteidigungsminister und Generalstab massiv dafür kritisiert, dass insbesondere dem Druck Amerikas zur Fortsetzung des Krieges und zur großräumigen Bombardierung Beirut nachgegeben wurde. Aus ihrer Sicht hat die Unterstützung und Ermütigung aus Washington Israel dazu gezwungen, stellvertretend für die mit Syrien und dem Iran in Konflikt stehende Bush-Administration den Krieg zu prolongieren, was den Interessen Israels nicht gedient hätte. Den Aufstieg der Hisbollah-Kämpfer zu Helden der arabischen Welt sehen sie als direkte Folge eines zu lang andauernden Bombardements und eines übervorsichtigen Einsatzes von Bodentruppen.

Daher sehen mehr und mehr Israelis nach der Invasion des Libanon und den fortgesetzten Operationen im Gaza-Streifen, dass es keine militärischen Lösungen für ihre Sicherheitsprobleme gibt, sondern nur ein umfassender Friedensschluss die Chance bietet,

den Teufelskreis von Angriff und Gegenangriff zu beenden. Sie scheinen gewillt zu sein, dafür mehr denn je Opfer zu bringen. Ein aktiver General äußerte sich unverblümt: „Wir müssen uns mit der Hamas, der Hisbollah, den Syrern, den Iranern und sogar mit dem Teufel höchstpersönlich an einen Tisch setzen, wenn wir wollen, dass eine Lösung für unsere Konflikte mit den Arabern gefunden wird.“

Dieses politische Klima eröffnet dem israelischen Premier nach Ansicht eines Großteils des israelischen Militärs die einmalige Gelegenheit, eine Politik großer Schritte zur Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens einzuleiten. Bemerkenswert hierbei ist, dass der Wille und die Kompromissbereitschaft vom israelischen Militär radikaler vertreten werden als von der politischen Klasse. Ehemalige Offiziere, die Politiker geworden sind, vertreten ähnliche Positionen wie das Militär, einschließlich Ami Aqalon, Mitglied der Arbeitspartei und Admiral a. D. sowie ehemaliger Leiter der Shin Bet, des israelischen Sicherheitsdienstes für innere Angelegenheiten, oder Avishai Brothmann, Präsident der Ben-Gurion-Universität und General a. D., wie auch der Arbeitspartei-Abgeordnete Matan Vilnai und sogar Avi Dichter, ein „Falke“ der Kadima-Partei und Minister für Öffentliche Sicherheit im Kabinett-Olmert. Die einzigen lauten Stimmen gegen jeden Friedensdialog kommen aus Benjamin Netanjahus Likud-Partei.

Aus Sicht jener Militärs, die die Umsetzung umfassender Friedensverträge für realistisch halten, sollte der erste Schritt darin bestehen, dass Olmert den geplanten Abriss der israelischen Siedlungen in der West-Bank bestätigt und mit Palästinenserpräsident Abbas Verhandlungen über den endgültigen Grenzverlauf zwischen Israel und dem neuen Palästinenserstaat aufnimmt. Sie nehmen zur Kenntnis, dass die Hamas das Existenzrecht Israels nie einstimmig anerkennen wird, auf der anderen Seite sind sie überzeugt, dass die Verhandlungen mit Abbas nicht von vornherein aus-schließen sollte. Aus ihrer Sicht dürfen die Legitimität und das Existenzrecht Israels nicht auf der widerwilligen und unaufrichtigen Anerkennung durch seine Nachbarn beruhen, sondern auf Israels wirtschaftlicher und militärischer Stärke. Sind die Grenzen erst einmal faktisch anerkannt, wird es die Aufgabe der Palästinenser sein, diese zu überwachen. Falls eine palästinensische Regierung, und sei es unter der Führung der Hamas, daran scheitert und falls dann Raketen aus der West-Bank auf Tel Aviv abgefeuert werden, hat Israel jedes Recht auf Vergeltungsschläge.



Nach dem Abzug aus dem Libanon verriegeln israelische Soldaten ein Tor an der Grenze

Genau das wollen die Palästinenser verhindern: Nachdem sie die Bombardierung des Libanon und das Chaos in Gaza erlebten, haben sie den Israelis diskret zu verstehen gegeben, dass sie kein Interesse haben, das Ziel israelischer Vergeltungsschläge zu bleiben. Es war dabei beeindruckend zu sehen, wie viele Israelis die Befindlichkeiten der Palästinenser verstehen. Sie verstehen das Bestreben nach einem Staat in sicheren Grenzen und dass nach einem fast 60 Jahre andauernden Konflikt die Schaffung eines funktionierenden Stromnetzes und eine Trinkwasserversorgung für die Palästinenser weit wichtiger sind als antizionistische Protestkundgebungen.

Die Israelis räumen ebenfalls ein, dass die Existenzfähigkeit eines palästinensischen Staates von der Bestimmung Ostjerusalems zu dessen Hauptstadt abhängt. Dies kann am besten erreicht werden, indem der derzeitige Grenzverlauf um das östlich von Jerusalem liegende palästinensische Dorf Abu Dis verlegt wird. Dies würde eine uneingeschränkte Verbindung zwischen einem palästinensischen Ostjerusalem und dem Rest des neuen Staates gewährleisten, was die Existenzfähigkeit der Hauptstadt ermöglicht. Das würde es im Gegenzug der internationalen Gemeinschaft ermöglichen, West-Jerusalem endlich als Hauptstadt Israels anzuerkennen.

Nach Nehemia Dagan wäre es auch Zeit für Israel sich einzuge-

stehen, dass es die Golanhöhen an Syrien in nicht allzu ferner Zukunft zurückgeben muss. Er wie andere Offiziere haben klargestellt, dass die Rückgabe der Golanhöhen für Israel eine hohe Priorität darstellen muss, allerdings mit der Präferenz, diese erst mal an Syrien zu leasen. Sollten nationalistische Egoisten in Syrien dies als unmöglich erscheinen lassen – was derzeit mehr als wahrscheinlich ist –, sollte es immer noch möglich sein, die Verhandlungen zur Demilitarisierung der Region und zur Erstellung eines genauen Zeitplans für die Rückgabe des Gebiets rasch aufzunehmen. Syriens Präsident Assad ist sicherlich kein idealer Verhandlungspartner, aber es ist unwahrscheinlich, dass Israel in absehbarer Zeit einen anderen bekommt. Assads Unzuverlässigkeit muss dadurch Rechnung getragen werden, dass man seine Vertrauenswürdigkeit schon während früher Verhandlungsphasen über eine Landrückgabe auf die Probe stellt.

Olmert kann jetzt seinen Mut unter Beweis stellen. Israel sollte getrost das Säbelrasselns des Iran, den ideologischen Absolutismus von Hamas und Hisbollah und die relative Schwäche von Abbas ignorieren. Eine Wiederaufnahme des arabisch-israelischen Friedensprozesses würde auch George W. Bush eine letzte konkrete Chance einräumen, positiv auf die Ergebnisse in dieser Region einzuwirken und einen entscheidenden Fortschritt bei der „Demokra-

tisierung des Nahen Ostens“ zu erzielen. Aber um dieses Ziel zu erreichen, muss die Bush-Regierung ein Mindestmaß an Glaubwürdigkeit bei den arabischen Regierungen und deren Völkern zurückgewinnen.

Die Bedingungen für einen Friedensprozess werden nie perfekt sein. Das wissen Israelis wie Araber. Die Erwartungen sind hoch, doch nur anhaltende Bemühungen Washingtons können ihnen gerecht werden. Zuerst muss der Wahlsieg der Hamas als das gedeutet werden, was er ist, als eine Protestwahl gegen die Korruption in den Reihen der PLO und nicht als Freibrief für einen Angriff auf Israel. Trotz seiner offensichtlichen Schwäche spricht Abbas für die große Mehrheit der Palästinenser, wenn er sagt, dass sie Frieden und einen eigenen Staat wollen. Falls Olmert beides schaffen kann, dann kann Abbas das auch. Die große Frage ist, ob Olmert die Stärke und den Mut aufbringen kann, um diese Ziele zu erreichen. Aber entscheidender für einen Durchbruch ist, ob Bush die politische Vision hat und den nachhaltigen Willen aufbringt, um eine neue Friedensinitiative zu unterstützen. Aus Sicht vieler Israelis ist jetzt die Zeit für Ehud Olmert gekommen, dies herauszufinden.

Die Autorin ist Unternehmerin und Professorin für US-Außenpolitik an der Universität Potsdam. Sie ist Vorsitzende des Transatlantischen Forums der FDP